



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn** und **Fraktion (AfD)**

Der bayerische Weg – umfassendes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger auf den Weg bringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für ein großangelegtes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger einzusetzen.

Dabei sollen folgende Maßnahmen priorisiert werden:

1. Die konsequente Abschiebung illegaler bzw. ausreisepflichtiger Personen sowie nachgewiesener islamistischer Gefährder, um die Kommunen finanziell zu entlasten und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
2. Die Bereitstellung eines intelligenten, technologieoffenen und grundlastfähigen Energiemixes, der Strom für die Bürger wieder bezahlbar macht.
3. Die Erhöhung der staatlichen Eigenheimförderung, um mehr Menschen den Traum von der eigenen Immobilie zu ermöglichen.
4. Die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, um bleibende Werte für unsere Bürger zu erhalten.
5. Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie.
6. Die Abschaffung des Rundfunkbeitrages.
7. Die Prüfung aller Möglichkeiten, um kostenintensive Sanierungs- und Bauvorschriften zu reduzieren und damit Vermieter und Mieter gleichermaßen zu entlasten.
8. Das Starten einer Infrastrukturoffensive, um Jobs zu schaffen und den Freistaat fit für die Zukunft zu machen.
9. Die Stärkung der ländlichen Wertschöpfungsketten und der Landwirte, um eine kostengünstige, regionale Ernährungsalternative abseits des Lebensmitteleinzelhandels zu schaffen.
10. Die zielgerichtete Verschlinkung und umfangreiche Entbürokratisierung des Verwaltungsapparates.

Begründung:

Derzeit ist Bayern, wie ganz Deutschland, mit zahlreichen, teilweise selbstverstärkten Herausforderungen konfrontiert. Zu externen Konflikten gesellen sich die mittlerweile chronisch gewordene Migrationskrise, die Energiekrise, eine immer noch erhöhte Inflationsrate sowie eine sich anbahnende Immobilienkrise. Alle Bürger in Bayern sind davon mittelbar oder unmittelbar betroffen. Deshalb ist es höchste Zeit, Politik zum Wohl der eigenen Bürger zu machen. Die Staatsregierung steht in der Pflicht, für großangelegte Entlastungen zu sorgen, um übermäßige Wohlstandseinbußen zu vermeiden und den Freistaat wieder lebenswerter zu machen.

Denn viele Belastungen sind hausgemacht und können unkompliziert aus dem Weg geräumt werden. Der bayerische Weg muss sich wieder dadurch auszeichnen, dass er sich dem selbstzerstörerischen Handeln auf Bundesebene aktiv widersetzt und stets die Interessen der Menschen im Blick hat. Recht und Gesetz müssen konsequent angewandt werden. Unnötige Auflagen sowie bürokratische Hürden für bayerische Bürger sind zeitnah und umfassend aus dem Weg zu räumen. Dazu braucht es mehr Investitionen in die Zukunft und den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten sowie eine breite Initiative zur Entwicklung ländlicher Räume.

Insbesondere in diesen turbulenten Zeiten ist es erforderlich, sich der desaströsen Ampelpolitik zu widersetzen und einen eigenen Weg zu beschreiten. Letztlich wird nur wohlstandssicherndes, konsequentes Regierungshandeln dazu beitragen, die derzeitigen Herausforderungen mit den Bürgern gemeinsam zu meistern.